

**Zu Punkt** **der Tagesordnung**

<b>Interfraktioneller Antrag</b>		<b>0777/2011</b> <b>öffentlich</b> <b>16.09.2011</b>
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Antragsteller/in</b>
Ö 29.09.2011	Ratsversammlung	Ratsfrau Langfeldt., SPD Ratsfraktion Ratsfrau Günther, Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Danker, SSW
<b>Betreff:</b> Partikeltherapiezentrum		

**Antrag:**

Die Ratsversammlung bittet den Oberbürgermeister, sich gegenüber der Landesregierung vehement für die Realisierung eines Partikeltherapiezentums auf der Basis der getroffenen Absprachen einzusetzen.

Für den Fall eines Scheiterns bittet die Kieler Ratsversammlung den Oberbürgermeister, sich umgehend an die Landesregierung zu wenden und über eine Kompensation durch das Land für die Nichtrealisierung des Nordeuropäischen Radioonkologischen Zentrums (NRoCK) zu verhandeln.

**Begründung:**

Da die technische Anlage des PTZ betriebsbereit ist, sollten alle Chancen genutzt werden, um im Interesse der Patienten diese fortschrittliche Technologie in Kiel anzuwenden. In einer gemeinsamen Presseerklärung von Siemens und dem Wissenschaftsministeriums vom 14. September wird dennoch erklärt, dass die Arbeiten zur Errichtung einer Partikeltherapie von Siemens auf Basis von Protonen und Kohlenstoffionen nicht fortgesetzt werden. Der Öffentlich-private-Partnerschaftsvertrag zur Umsetzung des NRoCK wird aufgelöst.

Für die Errichtung des NRoC hat Kiel erhebliche Vorleistungen erbracht. Der Pastor Husfeldt-Park wurde geopfert und das Grundstück zum halben Marktpreis an das Land verkauft. Wegen der Zeitnot ist kein Architektenwettbewerb durchgeführt worden. Für die konventionelle Strahlentherapie wäre das Gebäude mit seinen bis zu 5 Meter dicken Mauern völlig überdimensioniert. Kiel bekäme keine fortschrittliche Krebstherapie von Weltniveau, die neuen hochqualifizierten Arbeitsplätze lösten sich in Luft auf, ebenso wie neue Steuereinnahmen für Kiel. Falls dieses von der Landesregierung zu verantwortende Desaster tatsächlich eintreten sollte, verlangt Kiel eine angemessene Kompensation.

Die Kompensationsforderung würde dann auch vor dem Hintergrund erhoben, dass die CDU geführte Landesregierung das Kieler Maritime Science Center gekippt hat und mit dem Haushaltserlass den Kieler Investitionshaushalt zusammenkürzt.

gez. Ratsfrau Gesa Langfeldt                      f.d.R.

gez. Ratsfrau Katja Günther                      f.d.R.

Ratsfrau Antje Danker